



Massnahmen gegen Homo- und Transfeindlichkeit im öffentlichen Raum

In den letzten Jahrzehnten ist bei der Gestaltung des öffentlichen Raums in Hinblick auf die Sicherheit der Frauen viel investiert worden. Dabei konnten wertvolle Erfahrung gewonnen werden. Wege und Plätze wurden heller und übersichtlicher gestaltet, in Parkhäusern entstanden Frauenparkplätze, und Frauen wurden vermehrt in Planungsprozesse einbezogen. Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen erhielten finanzielle Zuschüsse von der öffentlichen Hand.

Jüngste Beispiele zeigen, dass aber nicht nur das Geschlecht, sondern auch die sexuelle Orientierung und/oder die Geschlechtsidentität Auslöser für Belästigungen und Übergriffe sind. Damit ein respektvolles Zusammenleben im öffentlichen Raum gelingt, braucht es vielfältige und sich ergänzende Massnahmen im Bereich der Prävention, die sich an die Urheber und Urheberinnen von Belästigungen sowie an die (potentiellen) Opfer und an das Umfeld richten, niederschwellige Meldemöglichkeiten, kompetente Beratung und Begleitung von Opfern sowie eine sensibilisierte Strafverfolgung.

Das Gleichstellungsgesetz verpflichtet Arbeitgebende, präventive Massnahmen gegen sexuelle und sexistische Belästigung am Arbeitsplatz zu ergreifen. Erfreulicherweise ist das Interesse von Unternehmen an Weiterbildungen zum Thema sexuelle und sexistische Belästigung am Arbeitsplatz in den letzten Jahren in der Stadt Zürich gestiegen, wie die Anzahl Anfragen an die Fachstelle für Gleichstellung zeigt. Trotz des gestiegenen Bewusstseins ist sexuelle und sexistische Belästigung am Arbeitsplatz nach wie vor ein Tabu. Lesben, Schwule und Bisexuelle sowie Transmenschen erleiden sexistische und sexuelle Belästigung auch aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität. Im Rahmen einer Umfrage der Universität Genf gaben 70 Prozent der befragten schwulen oder lesbischen Angestellten an, dass sie an ihrem Arbeitsplatz homofeindliche Stimmung erlebt haben. Vor allem lesbische Frauen wurden sexuell belästigt. Die Studie zeigt zudem, dass nur 39 Prozent der lesbischen Frauen am Arbeitsplatz vollständig geoutet sind. Bei den schwulen Männern sind es 49 Prozent.

Auch die Stadt Biel ist gefordert, ihre bereits bestehenden Angebote und Aktivitäten weiterzuführen und zu verstärken. Dazu gehört die Sensibilisierung und Weiterbildung der verschiedenen Berufsgruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich, bei der Polizei und im Schulbereich.

Ziel: Die Stadt Biel verstärkt ihr Engagement gegen Belästigungen aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität im öffentlichen Raum, im Nachtleben und am Arbeitsplatz.

Massnahmen-Beispiele:

- Mit einem abteilungsübergreifenden Projekt setzt die Stadt Biel ein klares Signal gegen Homo- und Transfeindlichkeit im öffentlichen Raum und im Nachtleben. Die Wahrnehmung der Thematik soll geschärft und Verhaltensweisen, die bisher als trivial und tolerierbar eingestuft werden, sollen hinterfragt werden. Im Fokus stehen strafrechtlich relevante Verhaltensweisen wie Gewalt, aber auch Verhaltensweisen, die sich im rechtlichen Graubereich abspielen wie Einschüchterung (PRÄ, DSS).

- Mit dem Projekt «deine Freundin/dein Freund» setzt sich die Stadt Biel für eine frühzeitige Sensibilisierung in den Schulen ein. Das Bewusstsein soll gestärkt werden, dass jeder Freund und jede Freundin betroffen sein kann, es aber nicht wagt, sich zu outen (BKS).

Ziel: Die Stadt Biel setzt sich ein für ein offenes, respektvolles und diskriminierungsfreies Zusammenleben, unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Massnahmen-Beispiele:

- In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerorganisationen organisiert die Abteilung Personelles Weiterbildungsangebote für verschiedene Zielgruppen in der Stadtverwaltung (Berufsbildende, Lehrpersonal, Pflegepersonal sowie Mitarbeitende mit Publikumskontakt). Dabei erwerben Fachpersonen grundlegende Kompetenzen für den Umgang mit Geschlechtervielfalt, Geschlechteridentität und sexuellen Orientierungen (PRÄ).
- Wie begegnen wir Transmenschen? Welche spezifischen Fragen stellen sich? Wie reden wir sie an? Damit diese und weitere Fragen nicht mehr zu ungewohnten und verlegenen Situationen führen, stellt die Stadt Biel für sämtliche Dienste mit Publikumsverkehr ein Manuel bereit, in welchem auf ungezwungene Weise Antworten formuliert werden (PRÄ).
- Die Stadt Biel erweitert die bestehende Hotline gegen Gewalt und Extremismus auch als Anlaufstelle für Fragen rund um LGBT-Anliegen (DSS).
- Die Stadt Biel konkretisiert zusammen mit der Kantonspolizei den Brennpunkt Gewalt im öffentlichen Raum zur besseren Wahrnehmung von LGBT-Anliegen und ergreift Massnahmen zur Sensibilisierung der Einsatzkräfte (DSS).

Stadt Biel, 15. Mai 2020